

**BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT**

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien · Postfach 189

Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und FamilieRadetzkystraße 2
1031 WienBetrifft **GESETZENTWURF**Zl. 6 P -GE/19 13

Datum: 24. NOV. 1993

Verteilt 25. Nov. 1993

St. Wurri

Ihre Zahl/Nachricht vom

19 4442/14-I/8/93
01.10.93

Unsere Zahl/Sachbearbeiter

Up/DI Ou/Bu/502
DI Ousko-Oberhoffer

Bitte Durchwahl beachten

Tel 501 05/ 4196
Fax 502 06/ 258

Datum

04.11.1993

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Ozongesetz, BGBl 210/1992, geändert wird und
Entwurf einer OzonG-Kennzeichnungsverordnung

Wir danken für die Übermittlung der genannten Entwürfe und nehmen
hiez u wie folgt Stellung:

Bei den Expertengesprächen anlässlich der Beschlußfassung des
Ozongesetzes bestand Übereinstimmung darüber, daß weder kleinräu-
mige noch kurzfristige Maßnahmen einen Beitrag zur Verminderung
von Ozonspitzenwerten leisten können. Unseres Wissens wurde bis
jetzt auch noch von keinem Landeshauptmann ein Maßnahmenplan zur
Verminderung von Ozonvorläufersubstanzen erlassen. Die Bundeskam-
mer möchte nochmals ausdrücklich festhalten, daß kurzfristig
wirksame Maßnahmen, wie Betriebsabschaltungen oder Verkehrsstill-
legungen nicht problemadäquat sind.

Da die §§ 15a, b und c dem Smogalarmgesetz entsprechen, bestehen
keine Einwände.

Hinsichtlich der EG-Konformität ist festzuhalten, daß das Ozonge-
setz in seiner geltenden Fassung mit den Möglichkeiten von Ein-
griffen in bestehende Betriebe weit über die einschlägige EG-

- 2 -

Richlinie hinausgeht und damit wesentliche Wettbewerbsnachteile für die österreichische Wirtschaft zur Folge haben kann.

Gegen die Ozongesetzkennzeichnungsverordnung bestehen keine Einwände.

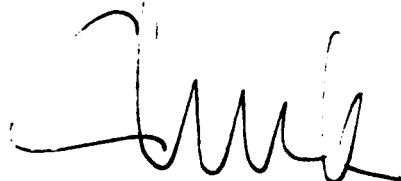
BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:



Leopold Maderthaner

Der Generalsekretär:



Dr. Günter Stummvoll